

Abänderungsantrag

**der sozialdemokratischen Abgeordneten
zur Beilage 906/2018 (Bericht des Finanzausschusses betreffend den Voranschlag
des Landes Oberösterreich für das Verwaltungsjahr 2019 [einschließlich
Dienstpostenplan]),
Budgetgruppe 2 „Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft“,
betreffend die Errichtung und Erweiterung von Pflichtschulen**

Der Oö. Landtag möge beschließen:

1. Der in der Voranschlagstelle 1/210305/7355 „Investitionsbeiträge an Gemeinden“ im Teilabschnitt 1/21030 „Errichtung und Erweiterung von allgemeinbildenden Pflichtschulen“ veranschlagte Betrag von 19.600.000 Euro wird auf 24.688.000 Euro erhöht.
2. Dementsprechend erfolgt eine Reduktion der im Landeshaushalt 2019 vorgesehenen Schuldentrückzahlungen um 5.088.000 Euro.

Begründung

Noch immer ist rund jede dritte Pflichtschule in Oberösterreich sanierungsbedürftig. Im April 2018 lagen laut Anfragebeantwortung der zuständigen Landesrätin insgesamt 57 baureife und bewilligte Schulbauprojekte der Oö. Gemeinden vor. Darüber hinaus waren zum Zeitpunkt der Anfragebeantwortung weitere 32 genehmigungsfähige und 128 angemeldete Schulbauprojekte in der Warteschleife.

Trotz diesem Rucksack im Bereich der Schulsanierungen und einer daher dringend notwendigen Schulbauoffensive, werden die Investitionsbeiträge des Landes an die Gemeinden für die Errichtung und Erweiterung von allgemeinbildenden Pflichtschulen im Voranschlag für das Verwaltungsjahr 2019 nicht erhöht. Die unterzeichneten Abgeordneten fordern eine Erhöhung dieser Mittel zumindest auf den Stand des Jahres 2014.

Ein Teil des von Landeshauptmann Mag. Stelzer verkündeten Budgeterfolgs von 90 Millionen Euro, soll auch den SchülerInnen und LehrerInnen zu Gute kommen. Dadurch gewinnt der Landeshaushalt an sozialer Handschrift.

Linz, am 30. November 2018

(Anm.: SPÖ-Fraktion)

**Promberger, Müllner, Rippl, Peutlberger-Naderer, Makor, Binder, Weichsler-Hauer,
Schaller, Lindner, Bauer, Krenn**